



SPD-BUNDESTAGSFRAKTION PLATZ DER REPUBLIK 1 11011 BERLIN

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft  
Fachbereich 8  
Fachgruppe Musik  
Bundesfachruppenvorstand  
**Herrn Stefan Gretsch**  
Vorsitzender  
Paula-Thiede-Ufer 10  
10179 Berlin

Berlin 24. Juni 2013

**Tarifliche Situation von Musikschullehrkräften – Ihr Schreiben vom 6. Mai 2013**

Sehr geehrter Herr Gretsch,

ich danke ihnen für die schriftliche Anfrage an die SPD-Bundestagsfraktion zur Situation der Lehrkräfte an öffentlichen Musikschulen, die ich als Sprecher der Arbeitsgruppe Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion zuständigkeitshalber für den Fraktionsvorsitzenden Dr. Frank-Walter Steinmeier gern beantworte.

In Ihrem Schreiben an die SPD-Bundestagsfraktion skizzieren Sie am Beispiel der beruflichen Situation von vor allem Honorar-Lehrkräften im Fachbereich Musikerziehung die Frage der beruflichen und sozialen Lage von Lehrkräften ohne Lehramtsstatus. Sie verweisen auf deren prekäre Beschäftigung und die abnehmende institutionelle Verankerung des Musikunterrichts sowohl an den Schulen, als auch in der lokalen Bildungslandschaft.

Lassen Sie mich vorweg eine Grundposition klar machen. Die SPD akzeptiert in keinem Bereich prekäre Beschäftigung. Nicht zuletzt mit einem flächendeckenden Mindestlohn wollen wir eine Voraussetzung dafür schaffen, dass derjenige, der voll arbeitet, auch seinen Lebensunterhalt bestreiten und ein selbstbestimmtes Leben führen kann. Wir wissen um die besondere Situation der Honorarkräfte im Bildungswesen, etwa auch bei den Lehrkräften für die Integrationskurse. Auch hier haben wir mit mehreren Initiativen (zuletzt Bundestags Drucksache 17/10647) darauf gedrängt, deren Situation weiter zu verbessern.

Hinsichtlich des von Ihnen beschriebenen alarmierenden Lage bei den Musiklehrern und – lehrerinnen sind wir nicht zuletzt durch den Berichtsschwerpunkt des letzten Nationalen Bildungsberichts sensibilisiert. Denn trotz der guten rechtlichen Absicherung des Musikunterrichts in den Bildungsplänen und Schulgesetzen der Länder und trotz des im europäischen Vergleich hohen Stundenumfanges zeigt auch dieser den prekären Honorartrend bis in den musisch-künstlerischen Regelunterricht hinein sowie offenkundige Defizite in der Ausbildung sowie Fort- und Weiterbil-

POSTANSCHRIFT PLATZ DER REPUBLIK 1 11011 BERLIN WWW.SPDFRAKTION.DE

BÜROANSCHRIFT JAKOB-KAISER-HAUS RAUM 1.290/91 11011 BERLIN  
TELEFON (030) 227-73447 TELEFAX (030) 227-76318 E-MAIL ERNST-DIETER.ROSSMANN@BUNDESTAG.DE

WAHLKREIS AM DROSTEIPARK 5 25421 PINNEBERG  
TELEFON (04101) 200639 TELEFAX (04101) 553665 E-MAIL ERNST-DIETER.ROSSMANN@WK.BUNDESTAG.DE



derung der Fachkräfte. Die in ihrem Schreiben aufgeführten empirischen Daten unterstreichen die Ergebnisse nachdrücklich.

Während der Bund bei den Integrationslehrkräften direkt Verantwortung trägt und wir insofern uns selbst zum Handeln auffordern konnten, ist die Situation etwa bei der schulischen kulturellen Bildung naturgemäß anders. Ohne die Länder werden hier keine Fortschritte zu erzielen sein, es sei denn, man beschränkt sich erneut auf eine kurzzeitige, eng definierte Projektförderung wie die Bundesregierung mit ihrem grundsätzlich hilfreichen, aber auch unzureichenden Förderprogramm „Kultur macht stark!“. Wer aber das Motto „Kultur für alle!“ ernst meint und die Angebotsstrukturen nachhaltig stärken will, der braucht die Länder für entsprechende Bund-Länder-Initiativen.

Wir als SPD wollen eben nicht darauf verzichten, auch die musisch-künstlerische Bildung infrastrukturell, d.h. nachhaltig und qualitativ über den institutionellen wie personellen Ausbau, zu stärken. Das braucht einen längeren Atem als ein einfaches befristetes Förderprogramm, bietet aber auch größere Chancen. Diese Stärkung muss mindestens zwei Linien folgen: Zum Einen muss die kulturelle Bildung auch wieder an den Schulen gestärkt werden. Die außerschulischen Angebote sind wichtig, sollten aber vielfaltsichernde Ergänzung bleiben und dürfen Regelunterricht mit festem Lehrpersonal nicht ersetzen. Zum anderen gilt es, der kulturellen Bildung auch beim Auf- und Ausbau der lokalen Bildungsnetzwerke ein angemessenes Gewicht zu sichern. Nur dann können entsprechende, besondere Kooperationen von den privaten und öffentlichen Bildungsanbietern und nicht zuletzt den gestärkten Schulen gefördert werden. Diesen Kooperationen kommt eine besondere Bedeutung zu, die Vielfalt musischer wie künstlerischer Formen und Kompetenzen zu erhalten und zum gegenseitigen Gewinn fruchtbar zu machen.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat zur Umsetzung dieser Ziele Vorarbeiten insbesondere in zwei Punkten geleistet. Zum Ersten kämpfen wir gemeinsam mit der breiten Mehrheit der Länder für die Aufhebung des Kooperationsverbotes im Grundgesetz im Schulbereich. Die Schwarz-Gelbe Koalition beharrt zusammen mit Bayern und Sachsen hingegen auf einer engen Ausnahme lediglich für die Finanzierung von Spitzenhochschulen. Hessen möchte sogar nicht einmal das. Ohne den Schulbereich wird die SPD keiner Grundgesetzänderung zustimmen.

Zweitens, und dieser Verweis auf die Wahlauseinandersetzung sei mir erlaubt, hat die SPD in ihrem Regierungsprogramm zwei Kernpunkte für ein nachhaltiges, leistungsfähigeres Bildungswesen verankert, die ebenfalls die Position der SPD-Bundestagsfraktion widerspiegeln. Wir wollen schrittweise dazu kommen, dass im Jahr rund 20 Mrd. Euro zusätzlich für Bildung, je 10 Mrd. Euro von Bund und Ländern, investiert werden. Und wir wollen mit den Ländern ein zweites Ganztagschulprogramm aufsetzen, damit am Ende alle, die es wollen, einen Platz bekommen, egal wo sie wohnen und welche Schulform sie besuchen. Für die ersten vier Jahre wollen wir von Bundeseite dafür 8 Mrd. Euro bereit stellen, wobei die Hälfte für den – erstmals gleichrangig zum quantitativen Ausbau konzipierten – qualitativen Ausbau verwendet werden soll. Hier geht es vor



allem um Fachpersonal und um die verlässliche Finanzierung der dauerhaften Zusammenarbeit mit außerschulischen Akteuren. Wir sind uns sicher, dass diese beiden Punkte auch für das musisch-künstlerische Lehrpersonal bessere Beschäftigungs-, Qualifizierungs- und damit Lebensperspektiven eröffnen.

Ich hoffe, Ihnen die Sichtweise wie Lösungsperspektiven der SPD-Bundestagsfraktion nachvollziehbar dargelegt zu haben. Selbstverständlich werden wir ihre Hinweise zur akuten Lage des Lehrpersonals weiter beraten und insbesondere in unsere Gespräche mit den SPD-Ländern thematisieren. Ich bin sicher, dass in der kommenden Legislaturperiode hier entscheidende Fortschritte möglich sind.

Mit besten Grüßen

Dr. Ernst Dieter Rossmann